

3. Bericht der Inklusionsbeauftragten der Partei DIE LINKE

Thema Inklusion und Barrierefreiheit weiter in die Offensive bringen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

zu Beginn des neuen Jahres möchte ich als Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE. ein paar Gedanken darüber mit Euch teilen, wie wir uns weiter zu einer inklusiven Partei entwickeln können. Ich möchte Euch dazu von einigen meiner Aktivitäten in den letzten Wochen und Monaten nach den Bundestagswahlen berichten. Ich bin viel unterwegs gewesen, habe weitere Landesverbände besucht und mit vielen Genoss*innen gesprochen. Bei all diesem Engagement wurde mir immer wieder deutlich: Um die Teilhabe aller Genoss*innen in unserer Partei zu ermöglichen, brauchen wir Barrierefreiheit als eine Grundvoraussetzung.



Auf der Pressekonferenz am 28. November hatte ich Gelegenheit, anlässlich des Tages der Menschen mit Behinderungen etwas zur Arbeits- und Lebenssituation von behinderten Menschen zu sagen. (Li. Bernd Riexinger; Copyright: DIE LINKE.)

Ich will Euch ein Beispiel erzählen: Am 1. Dezember fand in Rostock - in der Stadt, in der ich wohne - anlässlich des Tages der Menschen mit Behinderungen auf meine Initiative hin eine Veranstaltung zum Thema „schulische Inklusion“ im *Lichtspieltheater Wundervoll* statt. Zunächst wurde ein Film gezeigt, anschließend eine Podiumsdiskussion durchgeführt. Das Kino ist in einem Haus untergebracht, das erst vor Kurzem neu errichtet worden ist und ausdrücklich als barrierefrei ausgewiesen wird. Von meinen persönlichen Besuchen in diesem Haus wusste ich: Es gibt einen barrierefreien Eingang, einen Fahrstuhl und eine Rollstuhltoilette. Dass es keine Induktionsschleife für Menschen mit

Hörbehinderungen gibt, erfuhr ich noch rechtzeitig und konnte mit Hilfe einer hiesigen Selbsthilfegruppe eine solche organisieren.

Bei meiner letzten Absprache mit dem Veranstalter am 30. November erzählte ich, dass unter den Podiumsgästen eine junge Frau mit einem E-Rollstuhl sein würde. Ein E-Rollstuhl auf dem Podium? Das wäre ein Problem, erfuhr ich nun, denn dazu müssten zwei Stufen überwunden werden. Niemandem kann man zumuten, einen E-Rollstuhl über zwei Stufen hinweg zu tragen, ein solches Gefährt wiegt immerhin um die 120 Kilogramm. Aha, durchfuhr es mich: Man hatte zwar beim Bau des Hauses berücksichtigt, dass alle Menschen stufenlos in das Gebäude hineinkommen können. Dass jedoch auch die Akteure Menschen mit Behinderungen sein können und demzufolge auch Rednerpult, Zugang zur Bühne usw. barrierefrei sein müssen, das hatte man nicht bedacht.

Das ist eine Betrachtungsweise, die mir sehr häufig im Alltag begegnet und mit der wir uns auseinandersetzen müssen – denken wir nur daran, wie häufig die Rednerpulte bei unseren Parteiveranstaltungen nur über Treppen erreichbar sind. Menschen mit Gehbehinderungen - so wie ich - oder diejenigen, die im Rollstuhl unterwegs sind, müssen dann von unten reden. (In diesem konkreten Fall in Rostock konnten wir zum Glück auf einen anderen Raum ausweichen. Das ist jedoch nicht immer möglich.)

Wettbewerb „Barrierefreie Geschäftsstellen“ erfolgreich abgeschlossen

Umso wichtiger erscheint es mir, für unseren jährlich stattfindenden Wettbewerb „Barrierefreie Geschäftsstellen“ zu werben. Als Mitglieder der AG Teilhabe Bund sind wir davon überzeugt: Wenn wir mit guten Beispielen aufzeigen, wie Barrierefreiheit – oft schon mit geringen finanziellen Mitteln - gelingen kann, wird das ein Signal an andere Geschäftsstellen sein, dem nachzueifern.

Um auf den Wettbewerb im Besonderen und die Kernpunkte des Teilhabekonzeptes im Allgemeinen explizit aufmerksam zu machen, erstellten wir 2017 als AG Teilhabe Bund einen Flyer. Diesmal bewarben sich vier Geschäftsstellen aus verschiedenen Bundesländern und wir empfahlen dem Parteivorstand, alle vier Bewerber auszuzeichnen. Diesem Vorschlag folgte der Parteivorstand in seiner Sitzung am 3. Dezember.

Die Preise gingen nach Nürnberg (Bayern), Kassel (Hessen), Tübingen (Baden-Württemberg) und Hamm (NRW). In Nürnberg handelt es sich um eine Bürogemeinschaft der Landesgeschäftsstelle Bayern, des KV Nürnberg/Fürth, solid Bayern, des Wahlkreisbüros MdB Harald Weinberg und der Stadträte der LINKEN LISTE. Trotz höherer Kosten wurde das Büro angemietet. Es ist über eine mobile Teleskoprampe zu erreichen.

Das Büro in Kassel beherbergt eine Außenstelle der Landesgeschäftsstelle, die Kreisverbände Kassel Stadt und Kassel Land und das Wahlkreisbüro von Marjana Schott. Dieses Büro wurde umgebaut, nachdem sich die Genoss*innen mit Menschen mit Behinderungen beraten hatten. Es wurde sogar eine barrierefreie Küche angeschafft. In Hamm wurde das vorhandene Büro durch den Umbau der Toilette und die Anschaffung einer Höranlage und einer mobilen Rampe nach und nach barrierefreier gestaltet. Dort gibt es jetzt sogar eine Beratungsstelle für Menschen mit Hörbehinderungen.

Und in Tübingen hat der Kreisverband gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel und der kommunalen Wählervereinigung Tübinger Linke e. V. ein barrierefreies Büro gesucht und gefunden. Es liegt ziemlich zentral in Tübingen und ist

mittels Fahrstuhl erreichbar. Eine Rollstuhltoilette ist vorhanden und es gibt viele Materialien in Leichter Sprache und in Braille-Schrift.



Gotthilf Lorch, Stadtrat in Tübingen, freut sich sehr darüber, dass das Büro der LINKEN in Tübingen endlich barrierefrei ist. Vorher mussten die Sitzungen, an denen er teilnahm, immer ausgelagert werden. (Copyright: Margit Glasow)

Der Wettbewerb „Barrierefreie Geschäftsstellen“ wird auch 2018 ausgeschrieben werden. Ich hoffe sehr, dass sich dann noch mehr Geschäftsstellen an diesem Wettbewerb beteiligen. Bitte traut Euch, auch wenn noch nicht alles perfekt ist. Wichtig ist meiner Meinung nach der Wille, Barrierefreiheit Schritt für Schritt umzusetzen. Und dieser Wille soll belohnt werden.

Das Teilhabekonzept der Partei DIE LINKE. auf Länderebene weiter umsetzen und Landesinklusionsbeauftragte benennen

Auch im letzten Quartal 2017 besuchte ich weitere Landesverbände und kam mit den Genoss*innen vor Ort ins Gespräch. So reiste ich im November nach Ilmenau zum Landesparteitag in Thüringen, war Gast in der Hamburger Linksfraktion und lernte das Behindertenparlament in Bremen kennen. Und ich stellte zusammen mit der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik auf dem Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern den Antrag auf Umsetzung des Teilhabekonzeptes auf Landesebene.

Auf dem Landesparteitag in Thüringen hatte ich Gelegenheit, mich mit einem Grußwort an die Delegierten zu wenden. Ich machte darauf aufmerksam, dass wir als Partei mit gutem Beispiel vorangehen und selbst mehr auf Barrierefreiheit bei Parteiveranstaltungen achten müssen. Auch hier erfuhr ich erneut eine große Offenheit unserem Thema gegenüber und freute mich, dass ich mich darüber ausführlich mit Knut Meenzen und weiteren Genoss*innen der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik an ihrem Infotisch austauschen konnte.

Um das Teilhabekonzept auch auf Landesebene weiter in unserer Partei umzusetzen, brauchen wir – das ist meine Überzeugung – in allen Bundesländern Inklusionsbeauftragte und dazugehörige Teilhabe-AGs. Viel zu groß ist die Aufgabe, Barrierefreiheit umfänglich in all unseren Strukturen zu gewährleisten. Der bzw. die Inklusionsbeauftragte und die

dazugehörige AG Teilhabe auf Landesebene sollten analog der AG Teilhabe Bund arbeiten. Im Teilhabekonzept heißt es dazu: „Der Parteivorstand benennt eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Inklusion. Diese Person bildet mit anderen aus dem Kreis der Landesgeschäftsführer und der Landesschatzmeister eine kleine Gruppe von sechs bis acht Personen, die in Kooperation mit der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik die Umsetzung dieses Konzeptes überprüft.“

In NRW und in Bayern gibt es bereits Inklusions- bzw. Teilhabebeauftragte. In Mecklenburg-Vorpommern habe ich auf dem Landesparteitag im November in Neubrandenburg zusammen mit der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik einen Antrag zur weiteren Umsetzung des Teilhabekonzept eingebracht. Er wurde mit großer Mehrheit angenommen und muss nun mit einem Maßnahmenplan untersetzt werden. Allerdings gelang es nicht, einen Inklusionsbeauftragten und eine AG Teilhabe zu installieren. Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten folgte der in einem Änderungsantrag dargelegten Auffassung, ein weiteres Gremium wie eine AG Teilhabe stünde dem Inklusionsgedanken konträr gegenüber. Diese Aufgabe könne auch die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik übernehmen.

Ich finde diese Entscheidung sehr bedauerlich, denn zum einen brauchen wir Inklusionsbeauftragte, die, wie ich finde, möglichst selbst eine Behinderung haben und für die Problematik der Barrierefreiheit in all ihren Facetten sensibilisiert sind. Inklusionsbeauftragte, die vor Ort die Veranstaltungsräume – zum Beispiel für einen Landesparteitag – prüfen. Zum anderen brauchen wir mit der AG Teilhabe ein Gremium, das bestimmte Dinge gemeinsam entscheiden kann. Zum Beispiel die Frage der Finanzen. Wenn wir davon sprechen, dass der Landesschatzmeister Mitglied der AG Teilhabe sein sollte, dann hat das einen einfachen Grund - denn wenn wir über Barrierefreiheit reden, müssen wir auch über Finanzen reden.

Behindertenparlament in Bremen - eine fruchtbare Anregung

Sehr gespannt war ich darauf, das Behindertenparlament in Bremen kennen zu lernen, das jedes Jahr in der Hansestadt durchgeführt wird. Und das nicht nur deshalb, weil in meinem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern der Antrag der Linksfraktion im Landtag, einen Tag der Menschen mit Behinderungen ähnlich dem Altenparlament durchzuführen, im Sommer 2016 abgelehnt worden war. Der erste und bisher letzte Tag der Menschen mit Behinderungen fand hier bereits im Oktober 2010 statt und wurde als ein Signal an Politik und Gesellschaft empfunden.

In Bremen hat das Thema „selbstbestimmte Behindertenpolitik“ eine lange Tradition. Hier entstand die erste Krüppelgruppe und hier findet seit 23 Jahren das Behindertenparlament statt, bei dem sich die behindertenpolitisch Aktiven einmal im Jahr des Landtages bemächtigen, um ihre Forderungen deutlich zu machen. Auch die LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Bremen der Partei DIE LINKE ist ein fester Bestandteil in diesen Debatten. Gemeinsam ringen sie zum Beispiel um ein gutes Bundesteilhabegesetz und um das Wahlrecht für alle. Interessant war für mich in diesem Zusammenhang meine Begegnung mit Florian Grams. Florian Grams ist Sprecher der LAG Bremen und aktiv im Arbeitskreis Bremer Protest. Dass die Durchführung des Behindertenparlamentes in Bremen auf die Initiative des

Arbeitskreises Bremer Protest zurückgeht, war für mich eine wichtige Anregung. Ein solcher Arbeitskreis könnte eine Möglichkeit sein, auch in Mecklenburg-Vorpommern - und auch in anderen Bundesländern - ein Behindertenparlament zumindest einmal in der Legislaturperiode durchzuführen. Denn wenn ein solcher Antrag im Landtag allein deshalb von den demokratischen Parteien abgelehnt wird, weil er von der Linksfraktion gestellt wird, müssen wir meines Erachtens den Druck von der Basis erhöhen. Ich werde versuchen, einen solchen Arbeitskreis Protest bei den Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen anzuregen.



Florian Grams war mehrmals Präsident des Behindertenparlamentes in Bremen. Auch in diesem Jahr brachte er sich wieder in die Debatte ein. (Copyright Margit Glasow)

Ein inklusiver Arbeitsmarkt braucht gute Arbeitsbedingungen für alle

Ende November lud mich die Hamburger Linksfraktion zu einer Veranstaltung zum Thema „Armut abwenden, Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen konsequent öffnen“ ein, um als Inklusionsbeauftragte die Fakten über die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderungen auf den Tisch zu legen. *(Die Veranstaltung war Teil der Hamburger Inklusionswochen. Ingrid Körner, Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, wollte mit der erstmals in der Hansestadt stattfindenden Veranstaltungsreihe „Zeit für Inklusion“ auf das Thema Inklusion und Teilhabe aufmerksam machen.)*

Der Einladung ins städtische Hamburger Rathaus - das leider auch nicht barrierefreier ist als viele andere deutsche Rathäuser - waren viele Menschen gefolgt. Ich führte in meinem Vortrag zunächst aus: Auch wenn die absoluten Arbeitslosenzahlen sinken - die prekäre Beschäftigung nimmt dramatisch zu: Es gibt immer mehr Menschen mit einem Minijob, einem befristeten Arbeitsverhältnis, Menschen in Leih- oder Teilzeitarbeit. Besonders dramatisch ist die Situation von Menschen mit Behinderungen. Bei ihnen ist die Arbeitslosenquote mit 13,4 % doppelt so hoch wie die von Menschen ohne Behinderungen.

Dabei gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Beschäftigten mit Behinderungen und Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen. Denn schlechte Arbeit macht krank, insbesondere nehmen dadurch die psychischen Erkrankungen zu. Das belegen zahlreiche Studien. Die größten Verlierer*innen auf dem Arbeitsmarkt sind jedoch Frauen mit Behinderungen. Sie werden doppelt diskriminiert - als Mensch mit Behinderung und als Frau. Sie erhalten die niedrigsten Löhne überhaupt. Oft tauchen sie in der Arbeitslosenstatistik gar nicht auf, weil sie ihre Perspektiven als so gering einschätzen,

dass sie sich nicht bewerben. Und das, obwohl drei Viertel der Unternehmen, die inklusiv beschäftigen, keine Leistungsunterschiede zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen erkennen können.

LINKE Perspektiven aufzeigen und dafür Verbündete finden

Neben der Darstellung der Fakten zeigte ich die linken Perspektiven auf, die wir im Bundestagswahlprogramm festgeschrieben hatten und von denen wir überzeugt sind, dass sie umsetzbar sind. Wir stehen für ein beschäftigungspolitisches Rahmenprogramm, das dem Grundsatz folgt: So wenig Sonderarbeitswelten wie nötig, so regulär wie möglich. So muss die Absenkung der *Beschäftigungspflicht** auf 5 % als eine konkrete Forderung sofort zurückgenommen und in einem ersten Schritt wieder auf 6 % angehoben werden. Mittelfristig muss sie für unser Dafürhalten so deutlich angehoben werden, dass sich mehr Anreize für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen ergeben, statt die Beschäftigungspflicht zu umgehen. Die Mittel aus der *Ausgleichsabgabe*** dürfen dabei nur für die Schaffung und Sicherung inklusiver Bedingungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingesetzt werden und nicht für institutionelle Förderung (wie zum Beispiel der Werkstätten).

Nach meinem und weiteren Impulsreferaten entspann sich eine lebhafte Debatte über die Frage, warum Menschen mit (Schwer-)Behinderungen oft arbeitslos bleiben und warum so viele Unternehmen lieber die Ausgleichsabgabe bezahlen statt sie einzustellen.

*(*Beschäftigungspflicht: Private und öffentlich-rechtliche Arbeitgeber, die über mindestens 20 Arbeitsplätze verfügen, haben auf wenigstens 5 % der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen, § 71 Abs. 1 SGB IX)*

*(**Ausgleichsabgabe: Solange Arbeitgeber die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, müssen sie für jeden unbesetzten Pflichtarbeitsplatz für schwerbehinderte Menschen eine Ausgleichsabgabe entrichten, § 77 SGB IX)*

Eine Zukunft ohne Werkstätten – kann das gelingen?

Eine Frage, die mir nicht nur in Hamburg begegnete, sondern die vor allem Menschen mit Behinderungen immer wieder im Bundestagswahlkampf diskutiert haben und weiter diskutieren. Denn der größte Teil von Menschen mit Lernschwierigkeiten arbeitet auf dem zweiten Arbeitsmarkt (77 %), vor allem in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM). Sie arbeiten für ein monatliches Arbeitsentgelt von durchschnittlich 180 €. Als Inklusionsbeauftragte setze ich mich mit der Frage auseinander, welche Alternativen es geben kann und wie die Werkstätten schrittweise umgestaltet und langfristig überflüssig gemacht werden können. Die Menschen, die in Werkstätten arbeiten, brauchen ein reguläres Arbeitsverhältnis mit den erforderlichen Nachteilsausgleichen und fairem Lohn. Das kann für uns als LINKE nur der Tariflohn sein.

Auf Anregung und unter Federführung des Sprecher*innenrates der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik hat sich eine Arbeitsgruppe zur Frage „Die Zukunft ohne Werkstätten – aber wie?“ gebildet, die im Jahre 2018 in verschiedenen Bundesländern eine Reihe von Veranstaltungen – teilweise in Zusammenarbeit mit den linken Fraktionen - zur Umgestaltung der Werkstätten durchführen will. Als Mitglied dieser Arbeitsgruppe beteilige ich mich an dieser AG konzeptionell und organisatorisch.

Gute Bildung für alle erfordert eine neue Lernkultur

In meinem letzten Bericht als Inklusionsbeauftragte habe ich davon erzählt, dass ich gemeinsam mit den Linksfraktionen der Landschaftsverbände in NRW im September am Rande des Fachkongresses „Eine Schule für alle. Inklusion schaffen wir!“ des Vereins *mittendrin e. V.* ein Fachgespräch in Köln zur inklusiven Bildung initiiert hatte. Das war ein erster Schritt, um als LINKE einen Strategieplan zu entwickeln, dieses wichtige Thema nicht von unseren politischen Gegnern kaputtmachen zu lassen, sondern in die Offensive zu bringen.

Denn wenn wir über dieses Thema reden, wenn wir gar über die Abschaffung der Förderschulen sprechen, muss uns klar sein, dass es schwer werden wird, in den bestehenden Strukturen allen Schüler*innen gleichberechtigte Zugangswege zur Bildung zu eröffnen. Das meine ich tatsächlich in Hinblick auf ALLE Schüler: sowohl die hochbegabten, die Kinder mit Behinderungen, die Sportskanonen, die handwerklich veranlagten und und und. Jedes Kind ist es wert, gefördert zu werden. Dagegen stehen in dieser Leistungsgesellschaft aber die verschiedensten kommerziellen Interessen.

Einer der Teilnehmer des Fachgespräches in Köln war Prof. Hans Wocken. Ich habe ihn nach Hemmnissen, aber auch ganz praktischen Lösungsansätzen befragt. Der Erziehungswissenschaftler ist nach wie vor überzeugt davon, dass Inklusion in der Schule gelingen kann und hat interessante Vorschläge unterbreitet, wie zum Beispiel den Einsatz von Assistenzlehrern. Er hat sich zum Wunsch- und Wahlrecht der Eltern geäußert und zur Frage der Abschaffung des Gymnasiums. Und auch dazu, dass es ein Vorurteil ist, dass heterogene Lerngruppen nicht so gute Leistungen erbringen wie homogene Lerngruppen. Dieses Gespräch ist nachzulesen auf meinem Blog unter: <https://inklusiononline.wordpress.com>

Mit Veranstaltungen vor Ort für das Thema sensibilisieren

Als ich im Spätsommer des letzten Jahres zum ersten Mal den Film „*Schule. Schule - Die Zeit nach Berg Fidel*“ sah, war ich sehr begeistert. Dieser Film zeigt sehr anschaulich, was es mit Kindern macht, wenn sie aussortiert werden. Die vier Heranwachsenden - Anita mit Migrationshintergrund, David mit einer Hör- und Sehbehinderung, sein Bruder Jakob mit Trisomie 21 und die hochbegabte Samira - haben an der inklusiven Grundschule „Berg Fidel“ in altersgerechten Klassen gelernt. Nach der vierten Klasse mussten sie sich trennen und auf unterschiedliche weiterführende Schulen wechseln. Der Film lässt uns die Träume, Hoffnungen, Ängste und Sorgen dieser jungen Menschen miterleben. Er ist ein klares Plädoyer gegen das allzu frühe Aussortieren des deutschen Schulsystems.

In Rostock habe ich eine gemeinsame Veranstaltung der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Mecklenburg-Vorpommern und des Kreisverbandes zu diesem Film angeregt, die am 1. Dezember im *Lichtspieltheater Wundervoll* stattfand. (*Zur Barrierefreiheit dieser Veranstaltung berichtete ich weiter oben.*) Nach der Filmvorführung haben wir mit Lehrern, Elternvertretern, Menschen mit Behinderungen und anderen Experten die Frage diskutiert, ob und wie Förderschulen und die UN-Behindertenrechtskonvention zusammenpassen. Wir waren uns darin einig, dass Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und sicherstellen muss, dass auf allen Bildungsebenen angemessene Vorkehrungen bereitgestellt werden. Dazu gehören die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen, gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen. Pädagogen, die von Wertschätzung und Zutrauen in wechselseitiger

Anerkennung der individuellen Kompetenzen ausgehen. Ich kann Euch nur empfehlen, eine ähnliche Veranstaltung in Euren Kommunen zu organisieren und damit für dieses Thema zu sensibilisieren. Es gibt einen großen Bedarf aller Beteiligten, darüber zu streiten.

Für das kommende Jahr ist es mein Ziel, diese Debatte innerhalb der linken Kräfte voranzutreiben, um Positionen zu erarbeiten, wie wir inklusive Strukturen in der Bildung schaffen und welche Alternativen für eine neue Lernkultur wir anbieten können. Wir müssen ein Netzwerk aus linken Schulpolitiker*innen und Expert*innen aufbauen. Dazu plane ich einen weiteren Freitag-Talk* im ersten Quartal 2018 in Berlin. Dieser Freitag-Talk soll eine Fortsetzung des Fachgespräches in Köln werden.

*(Die von mir initiierten Freitag-Talks** sollen innerhalb der Partei dazu beitragen, zu ausgewählten Fragen der Inklusion mit entsprechenden Fachleuten zu diskutieren und eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Sie finden etwa alle drei Monate statt.)*

Liebe Genoss*innen,

es gibt noch viele Themen, über die ich mich mit Euch austauschen möchte, zum Beispiel über das **neue Bahnsteighöhenkonzept der Deutschen Bahn**. Dieses Konzept wird die Barrierefreiheit im Regionalverkehr der Deutschen Bahn möglicherweise stark einschränken, weil die Höhe der Bahnsteige an vielen bereits barrierefrei gestalteten regionalen Linien auf 76 cm festgelegt werden soll. In mindestens neun Bundesländern bestehen große Netze mit 55 cm hohen Bahnsteigen und dazu passenden Fahrzeugen, die mit Milliardenkosten angepasst werden müssten. Mit einem Umbau könnte in vielen Fällen schon erreichte Barrierefreiheit wieder verloren gehen. Zu diesem komplexen Thema werde ich mich noch einmal gesondert an Euch wenden.

Heute möchte ich mich bei Euch allen für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken. Lasst uns gemeinsam unsere Anstrengungen für die Entwicklung einer inklusiven Partei fortsetzen. Lasst uns darüber streiten und nach Lösungen suchen, wie wir das Thema Inklusion trotz des zunehmenden Rechtsrucks in der Gesellschaft in die Offensive bringen können.

Dabei möchte ich noch einmal klar unterstreichen, dass ich bei all meinen Überlegungen und Aktivitäten immer davon ausgehe, dass es bei der Umsetzung von Inklusion um weit mehr geht als um die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen. Es geht gleichermaßen um Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, um Menschen mit geringem Einkommen, um Flüchtlinge, um alte Menschen usw. Nach meinem Verständnis müssen sich alle Menschen frei entfalten und aktiv in die gesellschaftlichen und insbesondere politischen Prozesse einbringen können. Es geht um **inklusive Gerechtigkeit, um Chancengerechtigkeit all der Menschen**, die in irgendeiner Weise von Teilhabe ausgeschlossen sind.

Gern könnt Ihr mir jederzeit schreiben oder mich anrufen. Ich freue mich darauf.

Mit solidarischen und herzlichen Grüßen
Margit Glasow

Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE
www.die-linke.de